



Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses

5. Sitzung (nicht öffentlich)

17. Januar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitz: Peter Bensmann (CDU)

Stenographen: Norbert Remke (als Gast), Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996	1
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 12/400	
a) Personalrelevante Vorschriften des Haushaltsgesetzes	
b) Personalhaushalte in den Einzelplänen	
08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr	9
09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten	13
11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann	14

- Diskussion.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

5. Sitzung (nicht öffentlich)

17.01.1996

sd-lg

Seite

2 Bürokratie abbauen - Landesregierung und Landesministerien verkleinern

20

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/438

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, den Antrag Drucksache 12/438 abzulehnen.

Aus der Diskussion

Vorsitzender Peter Bensmann eröffnet die 5. Sitzung des Unterausschusses "Personal" und begrüßt die anwesenden Damen und Herren.

Ergänzungen der Tagesordnung werden nicht gewünscht.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 12/400

a) Personalrelevante Vorschriften des Haushaltsgesetzes

Vorsitzender Peter Bensmann verweist zunächst auf die Stellungnahme des Gutachterdienstes zu den "Personalrelevanten Vorschriften des Haushaltsgesetzes 1996". Er möchte im Zusammenhang mit der Besetzungssperre nach § 7 a HG 1996 wissen, welches Einsparvolumen für das Haushaltsjahr 1995 zu erwarten sei, insbesondere vor dem Hintergrund eines umfangreichen Ausnahmekatalogs.

Ministerialrat Dr. Wild (Finanzministerium) erklärt, das auf Grund der Stellenbesetzungssperre in 1995 eingesparte Haushaltsvolumen betrage voraussichtlich 177 Millionen DM. Die Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre unterlägen einer Menge Zufälligkeiten in einem Personalkörper, der rund 360 000 Personen auf rund 340 000 Stellen umfasse. Die Halbjahresbeträge variierten in den letzten Jahren zwischen rund 70 und rund 84 Millionen, wobei das zweite Halbjahr 1995 noch nicht ausgewertet sei. Auf die Bitte des Vorsitzenden sagt MR Dr. Wild zu, dem Ausschuß das Zahlenmaterial einschließlich der Zahlen für 1995 nachzureichen.

Vorsitzender Peter Bensmann bittet um Auskunft, wie viele Einzelfallausnahmen es neben den im Haushaltsgesetz verankerten im Finanzministerium gegeben habe.

Regierungsdirektor Brommund (Finanzministerium) schätzt die Zahl der Ausnahmeanträge, die im ersten Halbjahr 1995 an das Finanzministerium herangetragen worden seien, auf rund 200, wobei insgesamt etwa 5100 Stellen in diesem Zeitraum der Stellen-

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

re

besetzungssperre unterlegen hätten. Entsprechende Anträge würden von den Ressorts nur sehr zurückhaltend gestellt, weil diese verpflichtet seien, einen entsprechenden Ausgleich an anderer Stelle zu erbringen.

Vorsitzender Peter Bensmann möchte wissen, nach welchen Kriterien solche Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre genehmigt worden seien, wer für die Kompensation sorgen müsse und wie man bisher verfahren habe, wenn kein Ausgleich dagewesen sei.

RD Brommund (FM) erklärt, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme-genehmigung seien im Haushaltsgeszentwurf 1996 die gleichen geblieben wie im Haushaltsgesetz 1995, nämlich Unabweisbarkeit der Wiederbesetzung der der Stellenbesetzungssperre unterliegenden Stelle. Weiterhin hätten alle Ressorts mit ihrem Ausnahmeantrag auch ein Ausgleichsangebot in entsprechender Wertigkeit vorzulegen. Alle Ressorts seien in der Lage gewesen, solche Ersatzangebote zu erbringen, die kleineren Ressorts teilweise dadurch, daß nicht eine, sondern mehrere Stellen dann zeitanteilig gesperrt worden seien.

Vorsitzender Peter Bensmann fragt nach, ob die Unabweisbarkeit einer Wiederbesetzung pauschal oder nur im Einzelfall zu beurteilen sei.

RD Brommund (FM) stellt klar, daß für die Wiederbesetzung einer von der Stellenbesetzungssperre betroffenen Stelle jeder einzelne Fall untersucht werden müsse. Allerdings könnten natürlich nicht bestimmte Leiterstellen über einen längeren Zeitraum vakant sein.

Volkmar Klein (CDU) möchte wissen, wie viele der 5100 Stellen, die im ersten Halbjahr 1995 der Stellenbesetzungssperre unterlegen hätten, auf den Hochschulbereich entfallen seien. Dort würden auf Grund der zahlreichen befristeten Arbeitsverträge entsprechend häufig Stellen frei, die somit der Stellenbesetzungssperre unterlägen.

MR Dr. Wild (FM) antwortet, daß im Hochschulbereich etwa 1000 Stellen betroffen gewesen seien, allerdings nicht solche mit befristeten Arbeitsverträgen. Man müsse in diesem Bereich auch berücksichtigen, daß es seit vier Jahren sinkende Studienanfängerzahlen in nicht unbedeutendem Umfang gebe, daß man aber das Stellenvolumen noch nicht entsprechend zurückgeführt habe.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann**, welche Entwicklung es im Zusammenhang mit der Beschleunigung der Asylverfahren — § 7 a Abs. 1 Buchstaben a und b - gebe, entgegnet **MR Dr. Wild (FM)**, neuere Erkenntnisse als das, was in der Vorlage 11/3819

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

re

des Justizministeriums vom 5. April 1995 aufgeführt sei, lägen auch dem Finanzministerium nicht vor.

Winfried Schittges (CDU) möchte allgemein etwas über die Situation bei den Asylverfahren erfahren, um die Notwendigkeit von Ausnahmen bei der Stellenbesetzungssperre im Justiz- und Innenministerium besser beurteilen zu können.

Richter Dabitz (Justizministerium) erklärt, die Zahl der Asylverfahren sei in letzter Zeit deutlich gesunken. Gleichzeitig habe allerdings der Bestand an Altverfahren in den sogenannten klassischen Fällen, insbesondere in den Bereichen des kommunalen Abgabenrechts, stark zugenommen. Unter dem Strich sei deshalb keine Entlastung eingetreten.

Winfried Schittges (CDU) möchte wissen, ob die Neufälle oder ob die Altfälle bei den Asylverfahren problematischer seien und wann man die Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre aufheben könne.

RiFG Dabitz (JM) führt aus, die Zahl der asylgerichtlichen Klageverfahren sei von gut 22 500 im Jahre 1992 über 34 800 im Jahre 1993 und 44 400 im Jahre 1994 auf 43 500 in den ersten drei Quartalen 1995 gestiegen. Dagegen habe sich die Zahl der asylgerichtlichen Eilverfahren in diesem Zeitraum von gut 3 100 im Jahre 1992 über 2 300 im Jahre 1993 und 1 200 im Jahre 1994 auf gut 500 in den ersten drei Quartalen 1995 verringert. Die Zahl der Verfahren in den sogenannten Stammaterien, also der übrigen Verfahren, habe sich von 1992 bis heute fast verdoppelt: 1992 gut 32 600 Verfahren, 1993 knapp 40 000, 1994 60 800 und in den ersten drei Quartalen 1995 etwa 63 600 Verfahren.

Helmut Diegel (CDU) fragt nach, ob man mit dem jetzigen Personal alle Neufälle erledigen könne oder ob sich die Zahl der Altfälle noch vergrößere.

RiFG Dabitz (JM) wiederholt, daß sich die Zahl der Altfälle in den letzten vier Jahren noch vergrößert habe. Deshalb sehe er zur Zeit keine Entlastung. Die weitere Entwicklung könne er nicht beurteilen, weil sie auch davon abhängt, wie sich das neue Asylrecht auswirke und wie das vom Bundesverfassungsgericht beurteilt werde.

Auf Bitten des Abgeordneten **Helmut Diegel (CDU)** und des Vorsitzenden **Peter Bensmann** sagt **RiFG Dabitz (JM)** zu, dem Ausschuß aktuelles Zahlenmaterial zu den Asylverfahren einschließlich Daten über das vierte Quartal 1995 und einer Prognose für das folgende Jahr nachzureichen.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

re

MR Dr. Wild (FM) ergänzt, aus den genannten Zahlen könne man schon ersehen, daß sich zwar der Altbestand insgesamt erhöht habe, daß sich aber die Dynamik dieser Zunahme signifikant vermindert habe.

Zu den Justizvollzugseinrichtungen - § 7 a Abs. 1 Buchstabe b, Kapitel 04 050 - erklärt **RiFG Dabitz (JM)**, konkrete Zahlen zu den Überstunden im allgemeinen Vollzugsdienst lägen ihm nicht vor. Allerdings habe sich die Belegungssituation im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verschlechtert: 1992 habe es eine Durchschnittsbelegung von 14 900, 1993 von 16 350 und 1994 von 17 171 gegeben.

Vorsitzender Peter Bensmann bittet dringend darum, die Zahlen zur Entwicklung der Überstunden nachzureichen, da die Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre gerade mit dem künftigen Abbau der Überstunden als finanzielle Kompensation begründet worden seien.

Winfried Schittges (CDU) weist auf die Problematik hin, daß nach dem Gutachten von Kienbaum 326 Stellen eingespart werden sollten. Der Minister habe auf dem Landesdelegiertentag der SPD gesagt, er gehe nicht davon aus, daß so verfahren werde, aber er habe die Vorgabe des Finanzministers.

Die Situation in den Justizvollzugseinrichtungen sei katastrophal. Seit 1992 gebe es fast 2 300 Inhaftierte mehr, aber der Personalbestand sei nicht angepaßt worden. Der Abgeordnete möchte wissen, wie der Minister in Zukunft mit dieser Tatsache umgehen wolle.

Da **RiFG Dabitz (JM)** dazu nichts sagen kann, schlägt **Vorsitzender Peter Bensmann** vor, daß die Antwort auf diese Frage bei der Behandlung des Einzelplans 04 vom Justizministerium nachgereicht wird.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) fragt nach, ob sich nicht auch durch eine stärkere Vermeidung von Inhaftierungen bzw. durch das Einschlagen eines Kurses, Menschen weniger schnell zu inhaftieren, die Personalsituation entspannen könne.

Vorsitzender Peter Bensmann regt an, auch diese Frage bei der Behandlung des Einzelplans 04 beantworten zu lassen.

Zu den Landesarbeitsgerichten und Arbeitsgerichten - § 7 a Abs. 1 Buchstabe e, Kapitel 07 210 - verweist der Vorsitzende auf die Beratungen im Rahmen des Nachtragshaushaltes und auf die Darstellung des Gutachterdienstes.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

5. Sitzung (nicht öffentlich)

17.01.1996

re

Oberregierungsrat Brand (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) kann über die Zahl der Richterstellen, die im Haushaltsjahr 1996 durch die Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre wieder neu besetzt werden könnten, keine Auskunft geben. Im Rahmen der zusätzlichen Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre seien bereits sechs Stellen wieder besetzt, weitere fünf Zusagen seien erteilt worden, und die restlichen Stellen würden in absehbarer Zeit besetzt.

Die Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre gelte nicht nur für den richterlichen, sondern auch für den nichtrichterlichen Bereich. Deshalb sei es ganz wichtig, daß diese Vorschrift auch auf den nichtrichterlichen Dienst angewandt werden könne; dort gebe es häufig große Probleme.

Auf Bitten des Vorsitzenden sagt ORR Brand zu, aktuelle Daten nachzuliefern, wenn der Einzelplan 07 behandelt wird.

RD Brommund (FM) weist im Zusammenhang mit zwei weiteren Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre gemäß § 7 a Abs. 1 Buchstabe g darauf hin, daß das Finanzministerium dem Unterausschuß bereits für die letzte Sitzung eine Vorlage über die im ersten Halbjahr realisierten kw-Vermerke auf Grund der Organisationsuntersuchungen übersandt habe.

Von der Systematik her kämen in den Genuß dieser Ausnahmevorschrift solche Kapitel, die vollständig organisationsüberprüft seien und in deren Bereich die auf Grund dieser Organisationsuntersuchungen ausgebrachten kw-Vermerke realisiert seien.

Im Haushaltsjahr 1996 könnten von der neuen Regelung die Bezirksregierungen sowie im Bereich MAGS auf jeden Fall die Kapitel 07 310 und 07 510 - Zentralstelle für Aussiedler und Flüchtlinge - profitieren. Denn in diesen Bereichen seien die bereits terminierten und realisierungsfähigen kw-Vermerke überwiegend bzw. vollständig erbracht, oder die kw-Vermerke seien erst für 1997 bzw. 1998 terminiert.

In den übrigen Kapiteln seien noch hohe Restbestände an kw-Vermerken mit Frist ab 01.01.95 oder früher vorhanden, die sofort, wenn die Stelle frei werde, zu realisieren seien. Deshalb müsse in diesen Bereichen zunächst einmal der Altbestand an kw-Vermerken realisiert werden, wenn man in den Genuß einer generellen Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre kommen wolle.

Vorsitzender Peter Bensmann schlägt vor, dieses Thema in der nächsten Personalausschußsitzung bei der Beratung des entsprechenden Einzelplans wieder aufzugreifen und zu vertiefen.

Ministerialrat Kirsch (Landesrechnungshof) trägt zum § 7 a Abs. 1 Satz 8 - weitere Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre in den Einzelplänen 01 und 13 - vor, im Jahre 1995 habe es in seinem Bereich nur eine Ausnahmesituation im nachgeordneten Bereich

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

re

gegeben: In einem Rechnungsprüfungsamt sei eine Prüfgruppenleiterstelle wiederbesetzt worden, um in der Aufbauphase ausreichenden Sachverstand vorhalten zu können.

Im Landesrechnungshof habe man in den letzten Jahren bewußt keine Ausnahmen zugelassen, und man wolle auch in Zukunft die Stellenbesetzungssperre beachten, solange die Aufgaben dort intern erledigt werden könnten.

Auch **Ministerialrat Aalbers (Landtagsverwaltung)** sieht die Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre als Ultima ratio. Der Landtagspräsident Schmidt habe im Verlauf der gegenwärtigen Wahlperiode noch keine Stelle entsperrt.

Die Größenordnung der in der Zeit vom 1. Januar 1995 bis heute gesperrten Stellen in der Landtagsverwaltung liege bei 14,65. Bei insgesamt 327 Stellen errechne sich dadurch eine Quote von über 4 %. Hingegen ergebe sich im Durchschnitt aller Ressorts nach Angaben von Herrn Wild ein Verhältnis von gesperrten zu gesamten Stellen von weniger als 2 %.

Im Jahre 1995 habe man zwei Stellenbesetzungen auf Grund einer Entsperrung vorgenommen, die bereits 1994 beschlossen worden sei. Das betreffe zum einen den "Parlamentsspiegel". Die damalige Begründung sei das Aufarbeiten der Vereinigungsproblematik gewesen, da der "Parlamentsspiegel" für alle Bundesländer einschließlich des Bundestages arbeite.

Die zweite Entsperrung habe es im Bereich des Hausordnungs- und Pfortendienstes gegeben, mit der Begründung der Vermeidung von Überstunden. In diesem Referat seien allein 1995 4334 Überstunden angefallen.

Vorsitzender Peter Bensmann erklärt, da die Präsidenten des Landtags und des Landesrechnungshofs über die Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre befänden, sei dieses Thema an oberster Stelle zu entscheiden. Zunächst sollten die Fraktionsspitzen darüber noch beraten.

Mit der Regelung des neuen § 7 a Abs. 2 solle nach der Gesetzesbegründung eine zügigere Realisierung von kw-Vermerken erreicht werden. Der Vorsitzende möchte vom Vertreter des Finanzministeriums wissen, ob durch den Wegfall des alten Abs. 2 die Übernahme von Beamten nach Ablauf der Probezeit gefährdet sei.

RD Brommund (FM) weist zunächst darauf hin, daß in den letzten fünf Jahren kein entsprechender Antrag an den Finanzminister gestellt worden sei, daß die Ressorts offensichtlich die Übernahme ihrer Probebeamten in eigener Zuständigkeit und Stellenbewirtschaftung ordnungsgemäß schafften. Ob es in Zukunft Probleme in diesem Bereich geben werden, lasse sich aus Sicht des Finanzministeriums schlecht einschätzen.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

re

Der § 23 des Landesbeamtengesetzes sehe einen Anspruch auf Übernahme in ein Dauerbeamtenverhältnis nach Abschluß der Probezeit nur in einem Fall vor, nämlich wenn der betroffene Beamte bereits das 27. Lebensjahr vollendet habe. Insofern treffe die Regelung vermutlich nur den höheren Dienst; sie habe aber dort bisher nicht zu Problemen geführt.

Alle Ressorts seien nun in Zukunft gehalten, in ihre Stellenbewirtschaftung einzubeziehen, daß Probebeamtenverhältnisse ausliefen und in Dauerbeamtenverhältnisse übernommen werden müßten.

Vorsitzender Peter Bensmann schließt die Frage an, wie sich die Festlegung des Einstellungskorridors im Jahre 1996 auswirken werde.

RD Brommund (FM) erinnert daran, daß die gesetzliche Grundlage, die mit dem § 7 Abs. 2 - neu - geschaffen werde solle, auf der konkreten Aussage eines Gutachters für den Bereich der staatlichen Bauverwaltung basiere, wo in naher Zukunft eine enorme Zahl von Stellen abgebaut werden solle. Der Gutachter halte dort eine vertretbare Erneuerungsrate in einer bestimmten Größenordnung für erforderlich, um im Bereich der staatlichen Bauverwaltung ordnungsgemäße Nachfolgeregelungen zu ermöglichen, um auch auf dem technischen Stand der Erkenntnisse zu bleiben. Dort würden in aller Regel Hochschulabgänger eingesetzt.

Als Einstellungskorridor für den Einzelplan 14 habe der Gutachter eine Größenordnung von 15 % vorgeschlagen. Das sei von der Landesregierung so übernommen worden und finde sich im Kapitel 14 070 wieder.

Für die Ressorts, die zwar einer Organisationsuntersuchung unterzogen worden seien, für die die Gutachter aber keine Einstellungskorridore festgelegt hätten, habe der Finanzminister festgelegt: Wenn 50 % der terminierten kw-Vermerke realisiert seien, könne in einer Größenordnung bis zu 5 % der realisierten kw-Vermerke ein Einstellungskorridor zugestanden werden.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann**, wie viele Stellen im Einzelplan 14 davon konkret betroffen seien, führt **Leitender Ministerialrat Seemann (Ministerium für Bauen und Wohnen)** aus, die Organisationsuntersuchung in der Bauverwaltung habe im Ergebnis die Notwendigkeit des Abbaus von 1500 der insgesamt 4000 Stellen erbracht. Dabei habe der Gutachter auch die Personalstruktur im Hinblick darauf untersucht, ob dem Haus für die einzelnen Aufgabenbereiche das adäquate Personal zur Verfügung stehe. Er sei zu dem Ergebnis gekommen, daß es im Bereich der Versorgungstechnik eine Personalunterdeckung gebe.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

5. Sitzung (nicht öffentlich)

17.01.1996

re

Der Gutachter habe für den Einzelplan 14 einen Einstellungskorridor von 15 % der im Vorjahr realisierten kw-Vermerke vorgeschlagen. Das bedeute für das Haushaltsjahr 1996 bei tatsächlich 104 abgesetzten Stellen 15 Einstellungsmöglichkeiten.

MR Dr. Wild (FM) macht noch einmal deutlich, daß man im Rahmen des § 7 a Abs. 2 zwei Fallkonstellationen unterscheiden müsse: zum einen die konkrete Regelung, wie sie im Einzelplan 14 mit 15 % getroffen worden sei, und zum anderen die allgemeine Regelung, die für die Bereiche geschaffen worden sei, bei denen in Zukunft noch Organisationsuntersuchungen erfolgten.

RD Brommund (FM) ergänzt, der Hintergrund für die Aufnahme dieser Regelung in das Haushaltsgesetz sei, daß nach § 47 der Landeshaushaltsordnung kw-Vermerke bei Freiwerden einer Stelle sofort deren Abbau zur Folge hätten. Durch den § 7 a Abs. 2 im Haushaltsgesetz werde eine Ausnahme geschaffen.

Vorsitzender Peter Bensmann weist auf die Diskrepanz zwischen der von den Gutachtern ermittelten Zahl der möglichen kw-Vermerke - 7200 Stellen bis zum jetzigen Zeitpunkt, 22 000 Stellen bis zum Ende der Legislaturperiode - und der Zahl der tatsächlich abgebauten Stellen - 350 im Jahre 1995 - hin. Durch solche Maßnahmen würde das angestrebte Ziel offensichtlich nicht erreicht.

MR Dr. Wild (FM) erklärt, der Gutachter habe im Einzelplan 14 die Erneuerungsrate hoch angesetzt, weil nicht in kürzester Zeit so viele Stellen abzubauen seien und weil sich sonst völlig falsche Strukturen ergäben. Die Landesregierung verhalte sich also in diesem Falle nicht anders, als der Gutachter empfohlen habe, sondern setze seinen Vorschlag exakt um.

Vorsitzender Peter Bensmann spricht als nächstes die Zusammenstellung des Gutachterdienstes zu den Ansätzen für Versorgungsbezüge und Zahl der Versorgungsempfänger an und bedauert, daß die Übersicht nur die "eigentlichen" Versorgungsbezüge der Beamten enthalte. **RD Brommund (FM)** sagt daraufhin zu, eine Aufstellung auch der Versorgungsbezüge der Angestellten sowie der Nebenleistungen nachzuliefern.

Vorsitzender Peter Bensmann möchte im Zusammenhang mit der Verwaltungshilfe in den neuen Bundesländern 1996 wissen, ob die Befristungen der Stellen bis Ende 1996 bzw. 1997 so, wie im Haushalt 1996 vorgesehen, realistisch seien. Die Aufstellung des Gutachterdienstes mache deutlich, daß in der Vergangenheit die Zahl der Stellen für die Verwaltungshilfe, wie vorgesehen, abgebaut worden sei. Andererseits seien viele der Meinung, daß z. B. auch vom Finanzministerium zusätzliche Verwaltungshilfe geleistet werden sollte.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

re

MR Dr. Wild (FM) erklärt, die Zahlen im Haushalt 1996 seien das Ergebnis einer Prognose und entsprechend unsicher. Die Zahl der Stellen für die Verwaltungshilfe habe für das Jahr 1996 gegenüber 1995 deutlich abgenommen. Das beruhe darauf, daß bei der Erörterung dieses Themas im Unterausschuß "Personal" Wert darauf gelegt worden sei, daß die Werte besser die Realität widerspiegeln. Die Ressorts hätten daraufhin die Zahlen angepaßt.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** beziffert **MR Dr. Wild (FM)** die Höhe der pauschalen Abgeltung pro Entsandten auf 10 500 DM pro Monat. Die Entsendung von Verwaltungshilfen führe somit nicht zu einer Belastung des Landeshaushaltes.

b) Personalhaushalte in den EinzelplänenEinzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Vorsitzender Peter Bensmann verweist auf die Vorlage des Gutachterdienstes zum Einzelplan 08 und stellt die Frage, warum bei den Veränderungen durch den Nachtrag 1995 im Kapitel 08 160 — Eichverwaltung - Stelleneinsparungen nur im mittleren Dienst, nicht aber im gehobenen Dienst vorgenommen worden seien.

Leitender Ministerialrat Lang (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr) erläutert, durch die Vorgabe auf Grund der Organisationsuntersuchung, 2 % der Stellen einzusparen, seien sowohl das Wirtschaftsministerium wie auch das Geologische Landesamt stark betroffen gewesen. Die kw-Stellen seien deshalb, um einen gewissen Ausgleich herbeizuführen, bei der Eichverwaltung angesiedelt worden.

Die Stelleneinsparungen hätten allerdings nicht alle im gehobenen Dienst erbracht werden können, da die Eichverwaltung im nichttechnischen Dienst nur über sechs Planstellen des gehobenen Dienstes verfüge. Eine Einsparung könne im Eichtechnischen Dienst bei einer Eichhelferstelle realisiert werden. Weiterhin sei die Eichverwaltung in der Lage, zwei kw-Stellen aus dem mittleren Dienst anzubieten.

Vorsitzender Peter Bensmann richtet im Zusammenhang mit Stellenveränderungen im Kapitel 08 010 an den Vertreter des Finanzministeriums die Frage, ob es sich bei der Umsetzung der Planstelle der Besoldungsgruppe B 10 um eine Maßnahme nach § 50 Abs. 1 LHO oder nach § 50 Abs. 2 LHO handele.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

re

RD Brommund (FM) ist der Meinung, daß die Umsetzung gemäß § 50 Abs. 2 LHO erfolge. Die Maßnahme sei in allen betroffenen Einzelplänen unterschiedlich und teilweise unrichtig dargestellt. Das Finanzministerium werde eine Vorlage erstellen, die den Weg der betroffenen vier B-10-Stellen und der einen B-7-Stelle richtig wiedergebe. Die Korrektur müsse im Reindruck des Haushaltsgesetzes 1996 erfolgen; das sei in den Tabellen und nach den haushaltstechnischen Richtlinien in der Veränderungsspalte zu § 50 Abs. 2 LHO entsprechend auszuweisen.

Vorsitzender Peter Bensmann bedankt sich ausdrücklich für diese klare Aussage; genau dies sei auch schon die Meinung des Gutachterdienstes und der CDU-Fraktion gewesen.

MR Dr. Wild (FM) bittet, diesen Fehler mit Nachsicht zu betrachten, und sagt eine umgehende Korrektur zu. Allerdings hätte nach den seit langem gelten Vorschriften jedes Ressort das gleiche Verfahren anwenden müssen.

Vorsitzender Peter Bensmann weist im Zusammenhang mit den Veränderungen im Haushaltsentwurf 1996 darauf hin, daß zur Realisierung der 2prozentigen Einsparvorgabe des Finanzministeriums im MWMTV 12 Stellen ab 1997 global zu streichen seien. Im Haushaltsplanentwurf habe man eine Reduzierung von zehn Planstellen sowie einen Zugang von einer Planstelle vorgesehen. Der Vorsitzende möchte wissen, für welchen Aufgabenbereich diese eine Stelle gedacht sei.

LMR Lang (MWMTV) erklärt, die zunächst beabsichtigte Umwandlung einer Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe I a BAT in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 h. D. sei zurückgenommen worden und solle nicht vollzogen werden.

Für alle im Haushaltsentwurf 1996 aufgeführten Hebungen von Angestelltenstellen lägen Arbeitsplatzüberprüfungen vor; das sei vom Finanzminister geprüft und akzeptiert worden. Dementsprechend gebe es auch einen tariflichen Anspruch darauf.

Die Realisierung der neun kw-Vermerke bei den Stellen für Arbeiter sei mit Blick auf die Altersstruktur der Personen folgendermaßen möglich: Die beiden Stellen im Facharbeiterdienst könnten im Jahre 2001 bzw. 2003 fortfallen und die sieben Stellen im Reinigungsdienst in den Jahren 2001 bis 2006.

Die bei der nachgeordneten Bergverwaltung - Kapitel 08 110 - vorgesehenen Hebungen der zwei Planstellen der Besoldungsgruppe A 6 nach A 7 sowie der drei Planstellen der Besoldungsgruppe A 7 nach A 8 lägen im Rahmen der Stellenobergrenzen. Die Ausweisung dieser Beförderungssämter sei bisher nicht ausgeschöpft worden, weil die Stelleninhaber die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen noch nicht erfüllt hätten. Da die Voraussetzungen nun erfüllt seien, könnten die Hebungen realisiert werden.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

re

Beim Geologischen Landesamt Krefeld - Kapitel 08 120 - seien in der Titelgruppe 80, "Kosten für die Durchführung von Bodenforschungsaufgaben", alle fünf Stellen für Angestellte in Abgang gestellt worden. Die Aufgabe des Fachbereichs bleibe zwar erhalten, aber es sei nicht mehr so ausgestattet wie bisher. Es bleibe also weiterhin eine eigenständige Titelgruppe, aber ohne den besonderen Ausweis von Personal.

Bei der Eichverwaltung - Kapitel 08 160 - erwarte man in den nächsten Wochen die Vorlage des Gutachtens bezüglich der Organisationsuntersuchung. Man rechne allerdings nicht mit einem Privatisierungsvorschlag, sondern eher mit einer Reduzierung der Eichämter, mit einer Umorganisation im konventionellen Bereich. Das sei zwar nicht für den Haushalt 1996 relevant, aber da auch mit einem Personalabbauvorschlag gerechnet werde, könne das möglicherweise in einem Nachtrag realisiert werden.

Zum Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen - Kapitel 08 320 - in Dortmund führt LMR Lang folgendes aus:

Auf der Grundlage der gutachterlichen Empfehlungen ist das MPA zum 1. Januar 1995 in einen Landesbetrieb überführt worden. Dafür war eine ganze Menge vorzubereiten, was die Einrichtung eines Landesbetriebes erforderlich machte: Einführung einer kaufmännischen Buchführung, Inventarisierung des Anlagevermögens und Erstellung der handelsrechtlichen Öffnungsbilanzen, Verlagerung der hoheitlichen Aufgaben. Alles das ist vollzogen. Die hoheitlichen Aufgaben sind seinerzeit auf die Eichamt Dortmund übertragen worden und werden jetzt dort wahrgenommen.

Als Landesbetrieb sind die Reorganisation im Aufbau und die Ablauforganisation weiter vorangetrieben worden. Es wurden eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen: Eine Abteilung ist eingespart worden, Dezernate sind zusammengelegt worden, die Bürotechnik wurde verbessert. Seinerzeit hatte der Gutachter Geldmittel dafür eingeplant, um diese Organisationsveränderungen zu realisieren.

Weiterhin erfolgte eine Privatisierung und Teilprivatisierung von sogenannten Annexaufgaben. Darunter fallen die Druckerei, Reinigungsdienst, Instandhaltung von Haustechnik und dergleichen. Das ist realisiert.

Fortschritte wurden auch im Abbau defizitärer Prüfbereiche gemacht. Es wurden eine Reihe von Prüfaufgaben völlig eingestellt, weil sie nicht mehr wirtschaftlich waren, auf die man auch verzichten konnte. Ich will sie nicht im einzelnen aufführen, weil das sehr technische Vorgänge sind.

Andere Bereiche wurde schrittweise reduziert. Es gibt aber immer noch defizitäre Bereiche; darunter fällt beispielsweise die Bergbautechnik. Dort muß man überlegen, wie man die Defizite verringern kann bzw. wie man sich in Zukunft auf diese Aufgaben einlassen will.

Weitere Erfolge sind im Bereich der Personalentwicklung erzielt worden. Wir hatten Ende 1994 355 Beschäftigte. Heute haben wir noch 318. Von 1995 bis heute sind 30 Stellen kw abgebaut worden. Es müssen zur Zeit noch 22 Stellen abgebaut werden. Es gibt verschiedene Überlegungen, wie das realisiert werden kann.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

re

Alles zusammengenommen haben die Maßnahmen, die innerhalb dieses einjährigen Landesbetriebes im organisatorischen Bereich durchgeführt worden sind, dazu geführt, daß der Zuschußbedarf des MPA von 6 Millionen DM im Jahre 1995 auf 3 Millionen DM im Jahre 1996 sinkt. Es sind also schon erkennbare Erfolge erzielt worden. Das ist aber noch nicht das Ende der Fahnenstange. Wie uns Kollegen aus dem MPA berichten, bemüht man sich, dort noch weitere Erfolge zu erzielen. Es wird aber nicht ganz ohne Zuschüsse gehen, weil es immer noch Prüfbereiche gibt, die defizitär sind.

Im März/April wird die erste testierte Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr erwartet. Die werden wir analysieren müssen. Auf Grund dieser Bilanz ist dann zu entscheiden, wie wir die Privatisierung im einzelnen angehen. Es gibt erstens die Möglichkeit, daß das Land 100%iger Eigentümer der Gesellschaft wird. Es gibt zweitens die Möglichkeit, daß das Land nur zum Teil Gesellschafter wird. Und es gibt drittens die Möglichkeit einer Vollprivatisierung; das sehe ich aber noch nicht.

Darüber wird man entscheiden müssen, wenn man die Bilanz des ersten Jahres als Landesbetrieb vor Augen hat. Dann wird man sich im einzelnen überlegen müssen, wie die Personalfragen anzugehen sind, inwieweit man den Stellenabbau beschleunigen kann und dergleichen.

Vorsitzender Peter Bensmann bedankt sich ausdrücklich für den prägnanten Bericht über die Entwicklung beim Materialprüfungsamt in Dortmund. Dieses Amt sei ein exemplarischer Vorreiter und könne insbesondere für den Finanzausschuß eine Grundlage für mögliche politische Überlegungen sein. Die Reduzierung des Zuschußbedarfs von 6 Millionen auf 3 Millionen DM sei eine stolze Bilanz und ein Beweis dafür, daß die Forderung von Teilen dieses Landtags, daß alles auf den Prüfstand müsse, richtig sei. Man spare dadurch Landesmittel und Personal.

LMR Lang (MWM-TV) sagt auf Bitten des Vorsitzenden zu, daß er das gesamte Zahlenmaterial, aus dem er nur auszugsweise vorgetragen habe, dem Ausschuß in den nächsten Tagen zur Verfügung stellen werde.

Winfried Schittges (CDU) fragt nach dem Zeitplan hinsichtlich der Organisationsveränderungen im Materialprüfungsamt. Er schließt sich den Äußerungen des Vorsitzenden an, daß man an diesem Beispiel einmal exemplarisch nachvollziehen solle, wie eine solche Umwandlung möglich sei.

LMR Lang (MWM-TV) weist darauf hin, daß ein Kabinettsbeschluß dazu existiere, der von einer Privatisierung zum 1. Juli 1996 ausginge. Ob das realisierbar sei, hänge wesentlich von der Bilanz des ersten Jahres ab.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

sd-lg

Vorsitzender Peter Bensmann wiederholt, daß er das Beispiel des Materialamtes Nordrhein-Westfalen als wichtige Hilfe bei der Beratung des Haushalts 1996 ansehe und daß die Unterlagen und das Zahlenmaterial, wenn im Personalausschuß die personalrelevanten Dinge abgearbeitet seien, auch für den Finanzausschuß von besonderer Bedeutung sein könnten.

Winfried Schittges (CDU) bittet darum, daß der Unterausschuß "Personal" über die weiteren Schritte des zuständigen Ministeriums auf dem laufenden gehalten wird.

Vorsitzender Peter Bensmann schlägt vor, die restlichen Fragen des Gutachterdienstes, die sich auf das Materialprüfungsamt bezögen, dann zu behandeln, wenn die Unterlagen vollständig vorlägen.

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Vorsitzender Peter Bensmann weist darauf hin, daß für das Verbindungsbüro des Landes in Brüssel in Titelgruppe 60 insgesamt 600 000 DM für vier Fremdsprachenkorrespondentinnen, einen Sachbearbeiter und einen Hausmeister veranschlagt seien. Er bitte um Erläuterung, warum der Haushaltsplanentwurf 1996 eine Erhöhung von 150 000 DM vorsehe.

Ministerialdirigent Lehmann (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten) führt aus, das Verbindungsbüro des Landes in Brüssel verfüge über keinen Unterbau in den Referaten. Die Referate erledigten ein entsprechendes Aufgabengebiet.

Zur Erledigung der Schreibarbeiten habe man Ortskräfte gewonnen, die nicht nach BAT, sondern nach belgischem Recht vor Ort bezahlt würden. Sie bekämen seit 1991 ein festes Gehalt, das nicht erhöht worden sei. Da die Schreibkräfte zumeist nur sehr kurz blieben, sei das Land darauf angewiesen, etwas nachzubessern.

Was die Frage der Registratur angehe, so müsse jedes Referat für sich alleine registrieren. Das Brüsseler Büro sei in den Aufgabenbereich des Ministeriums übernommen worden. Nun solle dort eine Registratur eingerichtet werden. Der zuständige "Registrator" solle auch als Ortskraft in Brüssel gewonnen werden.

Jährlich würden vom Landesbüro zirka 100 Gruppen mit über 5 000 Gästen betreut. Der gesamte Aufwand, der neben der Sacharbeit anfalle, werde im Goodwillverfahren von Referenten und Schreibkräften mit erledigt. Auch dieser Zustand sollte behoben werden, wobei auch über Zeitverträge geredet werden müsse.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

sd-lg

Vorsitzender Peter Bensmann hält die Einstellung von ortsansässigen Personen aus Kostengründen für empfehlenswert, auch wenn die Personalkosten in Belgien, verglichen mit den hiesigen, nicht viel niedriger ausfielen.

Auf eine entsprechende Frage des **Volkmar Klein (CDU)** antwortet **MD Lehmann (MBEA)**, der Haushalt weise vier feste Stellen für das Verbindungsbüro in Brüssel aus: für den Leiter des Verbindungsbüros, seine Stellvertreterin, den Zuarbeiter für den Ausschuß der Regionen und die Stelle für den Verwaltungsleiter. Bei den anderen Stellen handele es sich um abgeordnete Personen.

Was die Frage angehe, ob die Bemühungen der Länder abgestimmt werden sollten, so weise er darauf hin, daß der Wert des Büros gerade darin liege, Informationen für Nordrhein-Westfalen rechtzeitig oder exklusiv herbeizuführen beziehungsweise für das Land mit den Stellen der Kommission und des Rates zu verhandeln und Serviceleistungen für Besucher aus dem Land, dem Landtag, der Regierung oder aus der Wirtschaft zu ermöglichen.

Vorsitzender Peter Bensmann hebt die Bemühungen des Büros beispielsweise für den Flughafenausbau in Dortmund hervor. Die Verhandlungen über die EG-Mittel seien erfolgreich gewesen.

MD Lehmann (MBEA) bestätigt, daß eine Menge EG-Mittel erstritten worden sei. Über die Urheberschaft könne man natürlich verschiedene Meinungen äußern. Fest stehe aber, daß ohne das Büro in Brüssel weniger Mittel gekommen wären.

Auf die Frage des **Helmut Diegel (CDU)**, ob die 150 000 DM Mehrkosten in Titelgruppe 60 an irgendeiner anderen Stelle eingespart würden, antwortet **MD Lehmann (MBEA)**, es handele sich um zusätzliche tatsächliche Personalkosten.

Allerdings ergebe sich bei den Beamtenbezügen durch Neuberechnung ein Minus im Ansatz 1996 von 110 000 DM im Vergleich zum Jahre 1995.

Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Im Laufe der Zeit habe sich nichts verändert, beginnt **Vorsitzender Peter Bensmann** seine Ausführungen.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

sd-lg

Aus der Besetzungsübersicht werde deutlich, daß von den 18 Planstellen 9 mit Angestellten besetzt seien. Das Thema Ist-Besetzung werde immer wieder, seitdem das Haus bestehe, angesprochen. Es stelle sich die Frage, was dagegen spreche, die Stellen entsprechend der Besetzung auszubringen.

Leitender Ministerialrat Kliege (Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann) teilt mit, nach den neuesten Zahlen handele es sich um siebeneinhalb Stellen. Eine halbe Stelle werde von einer Person eingenommen, die zum Ersatz für eine Frau im Mutterschutz befristet eingestellt worden sei. Bei den übrigen sieben Stellen liefen vier Anträge beim Landespersonalausschuß.

Er gehe davon aus, daß sie positiv beschieden würden, so daß alle sieben auf Beamtenstellen übernommen werden könnten. Sie erfüllten die Voraussetzungen; die Einstufung werde vom Landespersonalausschuß vorgenommen.

Bei den drei übrigen Stellen gehe es einmal um eine Gruppenleitung. Dort werde nicht angestrebt, einen Antrag an den Landesplanungsausschuß zu stellen, so daß das Ministerium zusammen mit dem Finanzminister erwäge, im nächsten Haushalt die eine B-4-Stelle in eine Angestelltenstelle umzuwandeln.

Die Stelle der Abteilungsleitung sei erst am 21.09.1995 und die A-15-Stelle seit dem 1. Januar 1996 von jungen Angestellten besetzt, die sich noch entscheiden müßten, ob sie eine Verbeamtung anstrebten.

Helmut Diegel (CDU) kommt darauf zurück, daß die zwei zusätzlichen Planstellen nicht in den Haushaltsplanentwurf 96 aufgenommen worden seien, da die Drucklegung bereits vor Beschlußfassung erfolgt sei. Er schließe daraus, daß das Ministerium diese Entscheidung ziemlich kurzfristig getroffen habe und frage, ob es nicht vorhersehbar gewesen sei, daß ein solcher Mehrbedarf entstehen würde.

Hinsichtlich Kapitel 11 900 - Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen - bitte er um Erläuterung der 164 200 DM, die auf die Versorgung von einem Ruhegehaltsempfänger entfielen.

LMR Kliege (MGFM) erinnert daran, daß es auf eine politische Entscheidung des Landtages zurückgehe, wonach zwei Stellen vom MWMTV auf das Frauenministerium verlagert worden seien, und zwar erst nach der zweiten Lesung.

Irgendwann komme auch für den Finanzminister der Zeitpunkt, daß er mit dem Druck der Haushaltspläne beginnen müsse. Spätere Angelegenheiten hätten nicht mehr aufgenommen werden können.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

sd-lg

Das in Kapitel 11 900 aufgeführte Ruhegehalt von 164 200 DM sei eine B-2-Pensionslast mit 69 %. Es sei vorgesehen, im Haushalt 1997 anhand der aktuellen Zahlen die Bereinigung vorzunehmen. Einzelheiten dazu müsse der Finanzminister beantworten.

Das Ministerium gebe es erst seit fünf Jahren und schon tauche eine B-2-Altlast auf, gibt **Vorsitzender Peter Bensmann** zu bedenken.

LMR Kliege (MGFM) verweist auf die Entstehungsgeschichte des Ministeriums. Seit 1976 werde in dem Bereich gearbeitet.

Hier handele es sich um eine Dame, die schon zu der Zeit, als Frau Ridder-Melchers Parlamentarische Staatssekretärin geworden sei, als Ministerialrätin gearbeitet habe. Sie habe übrigens zunächst im Arbeitsministerium gearbeitet, sei dann in die Staatskanzlei und letztlich ins Frauenministerium übergewechselt.

RD Brommund (FM) legt dar, mit dem Haushaltsplan 1996 werde erstmals eine dezentrale Veranschlagung der Versorgungsausgaben vorgenommen. Die Basis bildeten die Ist-Zahlen LBV 1995. Das LBV unterscheide zwischen dem Ausgabenteil und dem Versorgungsempfängerteil. Beide Teile seien auf die Ressorts verteilt worden. Dabei habe es einen Restbestand sowohl an Ausgaben als auch an Altfällen gegeben, die man nicht habe eindeutig zuordnen können.

Die Zuordnung sei in diesen Fällen nach dem Schlüssel erfolgt, der sich aus der zuordnungsbaeren Aufteilung ergeben habe. Da, wo wenig Versorgungsempfänger, aber ein relativ hoher Ausgabenanteil zuordnungsbar gewesen sei, sei es zu Unwägbarkeiten gekommen. Es bestehe die Absicht, genau diese Unwägbarkeiten anhand der Ist-Ausgaben 1996 im Jahre 1997 glattzuziehen. Im Prinzip geschehe nichts, was man nicht über einen Verstärkungstitel in Einzelplan 20 korrigieren könne. Dem Verstärkungstitel flößen die Minder Ausgaben aus den Personalausgaben in den Einzelplänen, insbesondere aus den Versorgungsbezügen, zu. Der Verstärkungstitel solle den Ansatz in den Ressorts vergrößern, in denen es zu Mehrausgaben kommen sollte. Insofern sei das System nach wie vor geschlossen. - Im Haushaltsplan 1995 sei alles in Einzelplan 20 zu finden gewesen.

Daran werde deutlich, wie überfällig ein Personalführungssystem sei, vor allem damit auch der Finanzminister wisse, wer alles auf seiner Pay-Liste stehe, meint **Vorsitzender Peter Bensmann**.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

sd-lg

Zu Einzelplan 01 werde in der Übersichtsliste null ausgewiesen, stellt **Helmut Diegel (CDU)** fest. Er frage, wie man das erklären wolle, wenn auf der einen Seite Erhöhungssummen anstünden und auf der anderen Seite in einem Einzelplan überhaupt keine Versorgungsbezüge anfielen.

Beim LBV habe es ursprünglich keinen Zahlungsfall im Bereich des Einzelplans 1 gegeben, bestätigt **RD Brommund (FM)**.

Nach durchgeführter Nachkontrolle seitens des LBV habe man festgestellt, daß eine Anzahl von sechs Versorgungsfällen im Einzelplan 15 und 15 Versorgungsfälle im Einzelplan 01 entstünden.

In Abstimmung mit dem Haushaltsbeauftragten des Landtages sei vorgesehen, im Rahmen der Ergänzungsvorlage dies glattzuziehen, sprich: in Einzelplan 01 ein Versorgungskapitel auszuweisen.

Regierungsdirektor Donath (Landtag) fügt hinzu, bei der Aufteilung der Versorgungslasten auf die Einzelpläne sei vom Finanzministerium zunächst übersehen worden, daß der Landtag, der ein eigenes Besoldungsbüro habe, auch Versorgungsfälle aufweise. Das LBV habe diese Versorgungsfälle nicht gesondert ausgewiesen. Sie seien den Behörden zugerechnet worden, von denen die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung ursprünglich gekommen seien. Bei einer Nachkontrolle sei dieses Versehen offenkundig geworden.

Mit Herrn Brommund sei verabredet worden, daß dies über die Ergänzungsvorlage bereinigt werden solle, so daß die Versorgungsleistungen in Zukunft wie in allen anderen Einzelplänen auch hier im Einzelplan 01 ausgewiesen würden. Dazu werde ein Kapitel 01 900 mit dem Titel 443 00 und dem notwendigen Beihilfetitel eingerichtet, um auch die Beihilfeaufwendungen für die 15 Versorgungsempfänger auszuweisen.

Ministerialrat Dr. Wild (FM) erinnert daran, daß es sehr lange gedauert habe, bis der Beschluß für den Aufbau eines Informationssystems Personalausgaben gefaßt worden sei. Es sei auch der Arbeit des Unterausschusses zu verdanken, daß es Fortschritte gebe.

Das IPA-Informationssystem Personalausgaben habe drei Untersysteme: Bezügeverfahren, Stellenverwaltung und Personalverwaltung. Beim Aufbau des Subsystems Stellenverwaltung bereite die Umsetzung große Schwierigkeiten. Das liege daran, daß der Bestand an hauswirtschaftlichen Vorschriften im Vergleich zur Privatwirtschaft beispielsweise ein ganz anderes Ausmaß habe. Dies hänge mit den Rahmenbedingungen zusammen, die den Haushalt umgäben.

Möglicherweise werde man das Projekt mit der Firma, die es begonnen habe, nicht zu Ende führen. Der führende Kopf, der das Projekt für das Ministerium entwickelt habe, habe die

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

sd-lg

Firma verlassen. Es werde überlegt, ob ein neuer Partner für das Projekt gesucht werden müsse.

Zum Stellenverwaltungssystem sei ein Vorprodukt im Finanzministerium in seinem Referat getestet worden. Leider habe es die Ansprüche an die Ergonomie eines solchen Produktes nicht erfüllt. Die Arbeit, die ein Stellenverwalter mit diesem System leisten müsse, habe nicht befriedigend erfolgen können. Er brauche zulange, um damit Stellen zu besetzen. Bestimmte Kautelen der haushaltswirtschaftlichen Vorgaben seien nicht berücksichtigt worden.

Im nächsten Monat sei ein neuer Probelauf im Rechenzentrum der Finanzverwaltung geplant. Er gehe davon aus, daß sich im März definitiv zeigen werde, welche neuen Zeiträume sich ergeben würden, damit man in diesem System weiter planen könne.

Die ursprüngliche Terminplanung habe die Einführung des Systems für 1998 angenommen. Davon spreche auch das Organisationsgutachten zum Finanzministerium. Daran hingen auch bestimmte Stellen. Aufgrund der Schwierigkeiten, die er geschildert habe, gehe er davon aus, daß sich der Termin um zwei Jahre verschiebe.

In keinem Bereich der Wirtschaft würde man das so hinnehmen, wirft **Vorsitzender Peter Bensmann** ein. Kein Personalchef irgendeines Konzerns in der Größe würde das akzeptieren.

Helmut Diegel (CDU) betont, dies sei sicher nicht Wille der Fraktionen im Landtag. Er bitte das Ministerium, wenn es weitere Anzeichen dafür gebe, daß der Termin 1998 nicht eingehalten werden könne, von sich aus die Fraktionen darüber in Kenntnis zu setzen, so daß die Möglichkeit bestehe, gemeinsam Unterstützung zu geben, um den Zeitplan einzuhalten.

Da man sehr unterschiedliche Interessen der Häuser vorfinde - der Finanzminister habe ein generalisierendes Interesse, die Ressorts hätten ressortspezifische Interessen, sie befürchteten, daß ihnen der Finanzminister in alle möglichen Taschen schaue -, sei es sehr schwer gewesen, einen politischen Willen in diese Richtung zu erzeugen, hebt **MR Dr. Wild (FM)** hervor.

Auf dem gesamten Markt, auf dem sich zahlreiche Unternehmen finden ließen, die Dienstleistungen anböten, gebe es kein einziges, das schon einmal etwas Vergleichbares aufgebaut hätte. Insofern sei das Land Nordrhein-Westfalen mit diesem anspruchsvollen Projekt der Entwicklung anderer Länder meilenweit voraus. Während die anderen Länder von den Produkten später profitieren könnten, sehe sich NRW vor der Schwierigkeit, daß es am Markt nichts Entsprechendes finde.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

5. Sitzung (nicht öffentlich)

17.01.1996

sd-lg

Der überwiegende Teil der Unternehmen arbeite in der Beratung. Beratung und Umsetzung respektive Aufbau eines Systems seien aber zwei verschiedene Dinge.

Die Person, die haushaltswirtschaftliche Vorschriften einmal verstanden habe, müsse dies Wissen dem Programmierer in einer verständlichen Sprache übermitteln. Ein leitender Mitarbeiter der Firma, die das Projekt für das FM betreut habe, habe genau dies beherrscht. Diejenigen, die sich nun damit beschäftigten, müßten sich zunächst auf den gleichen Wissensstand bringen. Das bedeute Zeitverzug.

Auf eine Anmerkung des **Vorsitzenden** stellt **MR Dr. Wild (FM)** heraus, die Rahmenbedingungen des Landes seien ganz anders als in der Privatwirtschaft. Neben dem Dienstrecht sei der politische Wille nicht nur der Mehrheitsfraktion, sondern auch der Opposition zu berücksichtigen, wonach die Schrumpfungprozesse nicht durch Kündigungen und sonstige Freisetzungen in Gang gesetzt werden sollten. Insofern habe das System zwangsläufig andere Kautelen. Hier handele es sich nicht nur um ein Spezifikum des Landes NRW, das gebe es in anderen Gebietskörperschaften genauso wie beim Bund oder in den anderen Ländern.

Helmut Diegel (CDU) faßt zusammen, der politische Wille aller sei vorhanden, ebenfalls die Bereitschaft der Häuser. Angeblich gebe es deshalb ein Problem, weil ein Mann ausscheide, der das Projekt betreut habe. Er frage, ob es nicht möglich sei, den Sachverstand zu kaufen, man dürfe doch eine solche Ressource nicht brachliegen lassen.

MR Dr. Wild (FM) stellt heraus, den letzten Stand der Entwicklung kenne er nicht. Natürlich lasse man einen solchen Sachverstand nicht brach liegen. Der betreffende Mensch sei kooptiert worden. Der Mann arbeite jetzt in einer anderen Firma.

Wahrscheinlich werde die alte Firma den Auftrag nicht erfüllen können. Das Ministerium wolle einen größeren Organismus kooptieren in der Hoffnung, daß man dadurch einen Teil der verlorengegangenen Zeit wieder aufholen könne.

Vorsitzender Peter Bensmann spricht sich mit Nachdruck dafür aus, dieses Informationssystem erstellen zu lassen. Wenn mehr Geld benötigt werde, dürfe das kein Hindernis sein.

MR Dr. Wild (FM) bestätigt, alle wollten dies. Auch hinsichtlich der Mitwirkung der Ressorts sehe er keine Probleme. Sie hätten erkannt, daß sie von dem System profitierten.

Unterausschuß "Personal"

des Haushalts- und Finanzausschusses

17.01.1996

5. Sitzung (nicht öffentlich)

sd-lg

Er habe auf die Engstelle hingewiesen und könne allerdings den Abschluß der Operation nicht benennen, wobei der Ansprechpartner im Ministerium vornehmlich die Abteilung II sei, die sich mit der EDV befasse.

Sein Referat habe mit der Angelegenheit zu tun, wenn es um die konkreten Tests der Produkte gehe. Dabei handele es sich um umfangreiche Arbeiten. Alle möglichen Fälle müßten durchgespielt werden. - Wie gesagt, es gebe kein Vorgängerprodukt in dieser Tiefe und Breite in der ganzen Bundesrepublik.

Der Unterausschuß "Personal" habe immer großen Wert darauf gelegt, daß es zu diesem Informationssystem komme, wiederholt **Reinhold Trinius (SPD)**. Dies brauche die Landesregierung allein, um Beschlüsse des Landtags effektiver und zeitnäher umsetzen zu können. Manchmal sei es sehr schwierig herauszufinden, wie viele Köpfe Personal vom Land tatsächlich zu welchem Stichtag beschäftigt seien.

Daß der Unterausschuß alle Bemühungen der Landesregierung nachhaltig unterstütze, sei überhaupt keine Frage.

Er bedauere es, daß man in eine Verzögerung hineingeraten sei, die ausschließlich Dritte, auf die man keinen Zugriff habe, zu verantworten hätten. Bei dieser neuen Aufgabe sei man auf Expertenwissen angewiesen.

2 Bürokratie abbauen - Landesregierung und Landesministerien verkleinern

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/438

Helmut Diegel (CDU) bittet darum, das Anliegen des Antrages ernst zu nehmen und sich gemeinsam mit der CDU-Fraktion auf den Weg zu begeben, auch oben zu sparen.

Die Politiker hätten doch eine Vorbildfunktion. Es mache wenig Sinn, den Stellenabbau immer nur bei Arbeitern und Angestellten unten voranzutreiben; man müsse auch ein sichtbares Zeichen oben setzen. Deswegen fordere der Antrag die Auflösung von vier Ministerien.

Elke Talhorst (SPD) führt aus, die SPD-Fraktion stimme dem Ziel zu, Bürokratie abzubauen. Den Weg aber, den der Antrag gehen wolle, werde die SPD-Fraktion nicht mitgehen. Bevor man in NRW beginne, sollte man auch einen Blick auf die Bundesebene werfen. Dort sehe sie ein enormes Betätigungsfeld angesichts von 17 Ministern und 20 Parlamentarischen Staatssekretären.